



## Editorial

# Krisenbewältigung und Zukunftsgestaltung

Als am 6. Mai 2022 der Exekutivdirektor der Internationalen Energieagentur, Fatih Birol, Wien besuchte, konstatierte er, dass wir uns mitten in der ersten globalen Energiekrise befänden. In den 1970er-Jahren waren wir in einer Ölkrise, nicht in einer gesamten Energiekrise. Fatih Birol gibt allen Optimisten eine Absage: Die Energiemärkte würden sich so schnell nicht wieder normalisieren und Österreich sei in einer schwierigen Lage. Umso wichtiger sei es jetzt eine klare Roadmap, einen Masterplan mit konkret umzusetzenden Maßnahmen zu entwickeln, um die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren und dabei negative Auswirkungen auf die Wirtschaft zu minimieren.

Die Forderung nach einem Masterplan wurde in den letzten Monaten oft gestellt und wird nun immer drängender. Genau genommen braucht es zwei Masterpläne. Einen Masterplan, der die kurzfristigen Entwicklungen adressiert, wie z.B. die aktuelle Energiepreissituation, die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und Klarheit über den Ablauf einer Energielenkung. Einen weiteren Masterplan, der eine mittelfristige Reduktion der Abhängigkeit von russischem Gas, eine massiv beschleunigte Energiewende und eine Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität adressiert.

Bisher wurden punktuell Maßnahmen umgesetzt. Eine von uns geforderte Regelung, die die von der Wirtschaft eingespeicherten Gasmengen weitgehend vor einer Energielenkung im Detail schützt, ist sinnvoll und unterstützt die Einspeicherung von Gasmengen. Wie im Notfall die Energielenkung

durchgeführt wird, ist weiterhin nicht bekannt. Auch die bisherigen Maßnahmen im Bereich der Energiepreise sind bei weitem nicht ausreichend, um der existenzbedrohenden Situation für Unternehmen, gerade auch für mittelständische Unternehmen, entgegenzuwirken. Die Europäische Kommission hat uns die Tools in Form eines Krisen-Beihilferechtsrahmens bereits in die Hand gegeben – wir müssen sie nützen.

Die Europäische Kommission hat im Übrigen in der Zwischenzeit geliefert: Der Plan heißt REPowerEU und beinhaltet neben Erneuerbaren- und Energieeffizienzzielen auch konkrete Maßnahmen im Bereich der Finanzierungen, aber insbesondere auch bei der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Österreich muss im Sinne des Wirtschaftsstandorts dringend nachziehen. Das UVP-Gesetz darf nicht hinter der Ambition der Europäischen Kommission zurückbleiben. Ein wirksames Energieeffizienzgesetz muss umgesetzt werden, ohne per Lieferantenverpflichtung die Energiepreise weiter anzuhetzen. Ein Fahrplan für eine Wärmewende, Rahmenbedingungen für grünes Gas und vieles mehr – die Liste ließe sich weiter fortsetzen – sind in Österreich weiterhin ausständig. Auch auf Wasserstoff will die Europäische Kommission verstärkt setzen. Die Niederlande sind hier Vorreiter: Ein Land mit kaum der doppelten Einwohnerzahl Österreichs, hat Anfang des Jahres für die Wasserstoffwirtschaft ein Förderbudget in der Höhe von 5 Milliarden Euro bis 2030 locker gemacht. Damit sollen bis 2030 drei bis fünf Gigawatt Wasserstoffproduktionskapazitäten entstehen. Das könnte doch eine Inspiration für Österreich sein!

**Mag. Jürgen Streitner**

Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ